Nr. 18 11. 8. 1917 1917

Heer und Heimat

Korrespondenz für die deutschen Armeezeitungen

Herausgegeben im Auftrage des Deutschen Studentendienstes
Fernsprecher: Berlin Zentrum 8615 & 9397 – Drahtanschrift: Studentendienst, Berlin
Anschrift: Berlin N.W. 7 Bauhofstr. 7.

Volk und Staat.

Der Krieg hat uns wieder zum Bewußtsein gebracht, daß der Staat die machtvollste Lebensform ist, die uns gegenübertritt. Nie vorher war uns seine Bedeutung so gegenwärtig. Ein ganzes Geschlecht war aufgewachsen, völlig vom Willen zur friedlichen Arbeit erfüllt, das den Staat nur noch als einen allgemeinen Begriff empfand, der mit Polizeigewalt hinter allen öffentlichen Dingen stand. Die meisten unter uns hatten geglaubt, daß es noch machtvollere, sicher aber höhere und bedeutungsvollere allgemeine Werte gäbe, wie Religion oder Ethik, wie Völkerrecht oder Weltwirtschaft. Sehr verbreitet war die Meinung, daß eine gewisse herrschende Kultur den wirkungsvollsten Einfluß auf die Lebensgestaltung des einzelnen und der ganzen Menschheit ausüben könnte. Alle diese Anschauungen haben ihren internationalen Wert verloren. Der Staat beherrscht offensichtlich alle Lebensformen. Sie alle gelten nur soweit, als der einzelne Staat sie schützt und gründet. Unsere Ethik, unser Recht und unsere Wirtschaft, sie stehen und fallen mit unserem deutschen Staate. Ihre freie Entwicklung und ihre uneingeschränkte Daseinsberechtigung sind an den Staat gebunden, für den das Volk seine letzten und höchsten Opfer bringt. So ist der Staat aus dem Nebel der täglichen Gewohnheit zu klarer, von allen erschauter Bedeutung hervorgewachsen und zugleich zu inniger Einheit mit allen Lebensäußerungen des Volkes verschmolzen.

Auch wirtschaftlich ist der Staat heute der größte Herrscher. Die Kriegswirtschaft hat uns sehr weitgehende Eingriffe des Staates in die Wirtschaft gebracht. Harte Notwendigkeiten haben eine schnelle und gesetzliche Regelung in vielen Fällen gebieterisch gefordert. Man konnte auch nicht warten, bis die allgemeine Einsicht die Gefahr erkennen würde. Die Not ließ meist keinen anderen Ausweg zu als staatliche Bestimmungen mit den weitgehenden Rechten der Beschlagnahme, der Verbote und der Strafgewalt. Daneben hat der Staat allerdings auch mehrfach versucht, besondere ethische und soziale Absichten mit zu verwirklichen. Lange hat man geglaubt, daß man mit der Preispolitik des Staates vor allem eine weitgehende Rücksicht auf die Verbraucher durchdrücken könne. Tatsächlich ist es auch, besonders in der ersten Zeit, gelungen, die schroffe Ausnutzung vorübergehender Verkehrsstörungen zu hindern und allerlei unbegründeten Preissteigerungen entgegenzuwirken. In der ersten Zeit der wirtschaftlichen Kriegsgesetze hat man sehr viel von diesem Staatssozialismus erwartet. Man hat geglaubt, daß der große Siegeszug des Staatsgedankens in einem besonderen neuen Wirtschaftsgeiste, dem Staatssozialismus, sich auswirken müsse. Der Staat sollte sich nicht mehr darauf beschränken, Recht und Sicherheit zu schützen. Er sollte alle wirtschaftlichen Lebensäußerungen mit seiner Fürsorge fördernd und helfend begleiten. Viele Stimmen erhoben sich, die den Staatssozialismus zu einer dauernden Einrichtung gestalten wollten und auch in der Friedenszeit von ihm Rettung von allen Übeln erhofften.

Man wird gut tun, nicht zu übertriebene Hoffnungen auf die Fähigkeit des Staates, die Wirtschaft zu gestalten, zu setzen. Allerdings wird der Staat immer allgemein anerkannte Notwendigkeiten, auch über den Widerstand der Nächstbeteiligten hinweg, durchführen müssen. Eine soziale Gesetzgebung läßt sich durch private und genossenschaftliche Einrichtungen höchstens ergänzen, aber nicht ersetzen. Dagegen kann der Staat eines nie leisten. Er kann sittliche Mängel auf wirtschaftlichem Gebiet nicht durch Beschlüsse und Verordnungen beseitigen. Er kann nur den Weg weisen, Bildungsstätten errichten, wertvolle Ansätze unterstützen und offenbare Auswüchse hintertreiben. Die Verantwortlichkeit, die jeder einzelne auch von seinen wirtschaftlichen Taten trägt, kann kein Staatssozialismus ersetzen.

Das Streben nach Gewinn darf den Wunsch, die Wirtschaftstätigkeit so einzurichten, daß sie für das Ganze nützlich ist, nicht erdrücken. Das ist die Hemmung, die der Staatssozialismus nicht ersetzen kann, weil nur das Gewissen des einzelnen sie erzeugt. Wir kämpfen und arbeiten alle für das eine große Endziel. Aber es geht nirgends ohne die treue Hingabe jedes einzelnen Volksgenossen. Staat und Volk sind in Deutschland zu unlösbarer Einheit verschmolzen. Fritz Johannes Vogt-Schlachtensee.

Ernährungsfragen in Preußen.

Die Brotversorgung des Volkes ist gesichert. Die Roggenernte ist in vielen Landesteilen in vollem Gange; alle Befürchtungen, daß die Ernte infolge des langen Winters sich um Wochen verspäten könnte, sind dank der warmen Witterung nicht eingetroffen. Wenn auch das Ergebnis der neuen Ernte noch nicht übersehen werden kann, so steht schon jetzt fest, daß, obgleich das Getreide infolge der langen Trockenheit in vielen Gegenden im Wachstum zurückgeblieben ist, doch die Körnerbildung eine gute ist, so daß ein reichlicher Ertrag zu erhoffen ist. Der von langer Hand vorbereitete Frühdrusch sorgt dafür, daß ein erheblicher Teil der neuen Ernte bald in die öffentliche Hand kommt, so daß der Übergang vom alten zum neuen Erntejahr reibungslos von statten gehen wird und Hoffnung auf Erhöhung der jetzigen Brotportion in nicht allzu ferner Zeit besteht.

Das Futtergetreide, das ja mit Ausnahme der Wintergerste später geerntet wird, bedurfte dringend des Regens; dieser ist in den letzten Tagen wohl in den meisten Gegenden Deutschlands noch rechtzeitig eingetreten. Die Kartoffelknappheit der letzten Wochen wird bald durch die Zufuhren an Frühkartoffeln gemildert werden; im Westen der Monarchie haben die Lieferungen bereits eingesetzt. Auch der Stand der Spätkartoffeln läßt eine bessere Ernte als im Vorjahr erhoffen; in den Hauptüberschußgebieten des Ostens begann zwar ihr Wachstum bereits unter der Trockenheit zu leiden; der reichliche Regen der letzten Tage hat auch diese Sorge wesentlich gemildert.

Schwierigkeiten bereitet die Belieferung der großen Bedarfszentren mit Gemüse und Obst. Dies ist darauf zurückzuführen, daß einerseits die Nachfrage naturgemäß eine wesentlich größere ist als in normalen Zeiten; andererseits hat die lang anhaltende Dürre gerade auf die Entwicklung des Gemüses und des Sommerobstes sehr ungünstig eingewirkt. Eine

günstigere Witterungsentwicklung läßt aber für die Zukunft eine Besserung erhoffen. — In die Viehbestände mußte zwar, um die am 16. April erhöhte Fleischportion geben zu können, vorübergehend tiefer eingegriffen werden, die Viehzählung vom 1. Juni hat jedoch ein recht günstiges Bild ergeben, so daß Befürchtungen wegen etwaiger Gefährdung unserer künftigen Milch- und Butterversorgung nicht begründet sind.

Aus alledem ergibt sich, daß, trotz mancherlei Entbehrungen und fühlbarer Einschränkungen, auch weiterhin die Möglichkeit des Durchhaltens gegeben ist; wenn auch der Wille zum Durchhalten in unserm Volke wie bisher lebendig bleibt, dann werden alle Pläne der Feinde, deren letzte Hoffnung auf einen wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands gerichtet ist, zuschanden werden. R. v. Kameke-Berlin.

Unser Wahlrecht.

Während der größte Teil unserer wahlberechtigten männlichen Bevölkerung draußen in hartem Kampf das Bestehen und die Freiheit des Vaterlandes verteidigt, hat sich im Innern ein Streit um die politischen Rechte, insbesondere das Wahlrecht, entwickelt. Ob der Parteihader jetzt wirklich notwendig, ob er erfreulich ist oder nicht, man wird sich mit seinem Vorhandensein abfinden müssen, auch wenn man ihn aufs Tiefste bedauert. Dem Kämpfer draußen wird es in dem Wirrwar des Parteistreits oft nicht leicht sein, sich ein eigenes Urteil zu bilden, zumal ihm in den drei langen Jahren des Kampfes der Zusammenhang mit den Friedensinteressen der Heimat oft einigermaßen verloren gegangen sein wird und ihm auch die Hilfsmittel zur Beschäftigung mit den einschlägigen Fragen fehlen. Da wird es vielleicht vielen angenehm sein, einen von Parteiinteressen freien, rein sachlichen Überblick über den wichtigsten Streitgegenstand, unser Wahlrecht, zu erhalten. Der moderne Staat, wie ihn das 19. Jahrhundert ausbildete, gibt jedem Staatsbürger einen Anteil an der Staatsleitung, den er im Wahlrecht ausübt. Das Wahlrecht ist somit sein wichtigstes Recht. Es soll aber nicht nur dem Interesse des Einzelnen an möglichst weitgehendem Einfluß auf die Staatsangelegenheiten dienen, sondern vor allem auch eine geordnete Regierung und gute Entwicklung des Staates gewährleisten. Diese beiden Interessenreihen können sehr wohl miteinander in Widerspruch geraten. Das Bedürfnis der Staatsverwaltung nach Stetigkeit, Ruhe und weitschauender Voraussicht kann notleiden, wenn der Einfluß wankelmütiger, jedem geschickten Agitator zufallender Massen zu groß ist. Andererseits kann ein Staat, auf dessen Leitung nur enge bevorzugte Kreise entscheidenden Einfluß haben, den wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritt der Masse ersticken und dadurch schließlich auch die Entwicklung des Staatsganzen schädigen. Ein verständiges Gleichgewicht zwischen den Kräften des Beharrens und den Strebungen des Fortschritts herzustellen, ist daher die vornehmste Aufgabe einer guten Staatsverfassung und eines guten Wahlrechts. Es ist auf dem zur Verfügung stehenden Raum nicht möglich, alle Umstände, die für den rechten Ausgleich in Betracht kommen, auch nur anzudeuten. Nur weniges kann hervorgehoben werden. Ein englischer Politiker hat einmal gesagt, die politische Freiheit, die einem Volke gewährt werden könne, stehe in umgekehrtem Verhältnis zu dem Druck, den die Nachbarn auf seine Grenzen ausübten. Kein Staat liegt in dieser Hinsicht so ungünstig wie Deutschland. Um uns behaupten zu können, brauchen wir daher eine viel schärfere Zusammenfassung aller Volkskräfte als etwa England oder Nordamerika. Andererseits können natürlich einem Volk von so hoher Kultur wie das deutsche ohne Gefahr mehr Rechte gewährt werden, als einem anderen, bei dem mehr als die Hälfte der Wähler weder lesen noch schreiben kann. Im Reiche haben wir ein Wahlrecht wie es freiheitlicher kein großer Staat besitzt, verlangt wird seine Einführung auch in den Einzelstaaten, besonders in Preußen. Hier steht jetzt noch dem allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrecht des Reiches, die zwar auch allgemeine, aber indirekte öffentliche Klassenwahl gegenüber. Da an der Beseitigung des indirekten und öffentlichen Wahlverfahrens kaum noch ein Zweifel besteht, dreht sich der Streit eigentlich nur noch darum, ob die Klassenwahl durch das gleiche oder ein anderes abgestuftes Wahlrecht zu ersetzen ist. Ein gewichtiger Grund für das gleiche Wahlrecht ist zweifellos die Erfahrung, daß es im Reiche in fast 50 Jahren dessen glänzende Entwicklung nicht gehemmt, daß es sich auch in der schweren Not der Gegenwart bisher **mindestens** als erträglich erwiesen hat. Andererseits freilich ist bei dem eigenartigen Aufbau des Bundesstaates das nötige Gegengewicht gegen die vorwärts drängenden Strebungen vielleicht gerade darin zu suchen, daß in den Gliedstaaten die beharrenden Elemente stärkeren Einfluß haben. Schließlich ist doch auch Preußen mit seinem Klassenwahlrecht das Rückgrat der Entwickelung des Reiches gewesen, und hat an seinem wirtschaftlichen Blühen den stärksten Anteil. Die Menschen sind nun einmal nach Bildung, Charakter und Lebenserfahrung unendlich verschieden, ihre Leistungen für den Staat sind keineswegs gleich, alle ihre Pflichten und Rechte verschieden. Da kann es doch auch nicht so ganz widersinnig sein, wenn diese Ungleichheit auch im Wahlrecht einen Ausdruck findet. Schwierig freilich ist es einen gerechten, den Interessen des Staates dienenden Ausgleich zu finden. Die Abstufung allein nach der Steuerleistung ist wohl kaum eine solche Lösung. Ebenso kann man aber billig bezweifeln, ob das gleiche Wahlrecht sie bringt. Man wird überhaupt die Bedeutung des Wahlrechts für den Kräfteausgleich nicht überschätzen dürfen. England hat weder allgemeines noch gleiches Wahlrecht, und war vor dem Kriege doch ein frei regiertes Land, in Frankreich herrschte trotz allgemeinen gleichen Wahlrechts die bürokratische Allmacht der Präfekten. Auch bei gleichem Wahlrecht in Preußen wird Deutschland nicht zu Grunde gehen, auch bei abgestuftem der notwendige und segensreiche Fortschritt des deutschen Volkes nicht gehindert werden. Es stehen so unendlich wichtigere Dinge gegenwärtig auf dem Spiel, daß der Streit um das Wahlrecht unter keinen Umständen die innere Einheit sollte gefährden dürfen. Gefängnisdirektor Göbel-Berlin.

Kriegsleistungen unserer Industrie.

Die Versorgung unseres Heeres mit Kleidung.

Die Einkleidung der ersten ins Feld rückenden Truppen verursachte keinerlei Schwierigkeiten von mehr als zufälliger Bedeutung: die feldgraue Kriegsuniform war in den vorhergegangenen Friedensjahren schon in bedeutenden Mengen hergestellt worden, und ebenso waren Unterwäsche und Strümpfe, Handschuhe und auch andere Kleidungsgegenstände bei Kriegsbeginn bereits zur Stelle. Als aber die Ausdehnung der Kriegsschauplätze und die zunehmende Dauer der Kämpfe die Einziehung und Ausrüstung immer neuer Menschenmassen erforderlich machte, da zeigte es sich, daß die anfangs vorhandenen Bestände den Anforderungen der Heeresverwaltung nicht im entferntesten mehr genügen konnten: es wurde notwendig, in verstärktem Umfange Bekleidungsgegenstände für die Armeen herzustellen, und das gegenüber einem immer fühlbarer werdenden Mangel an Wolle und Baumwolle, den hierfür in erster Linie in Frage kommenden Rohstoffen. Man half sich auf verschiedene Weise; allgemein gesagt: durch Sparsamkeit im Verbrauch und durch Verwendung von Ersatzstoffen bei der Fabrikation, wie wir im einzelnen noch sehen werden.

Zuerst wurden die gesamten im Inlande vorhandenen Bestände beschlagnahmt und mehreren Gesellschaften übertragen, die für die Bewirtschaftung dieser Materialien eigens begründet worden waren: die gesamte Strickwolle beispielsweise wurde der Kriegswollbedarfs A. G. übertragen und die Kammwolle der Kammwoll A. G. Daneben wurden die Fabrikanten, die sich weiterhin an der Herstellung von Uniformen u. dgl. beteiligen wollten, in besonderen Verbänden organisiert, denen von der zuständigen Behörde — hier dem Bekleidungs-Beschaffungsamte — die Aufträge im einzelnen übertragen wurden. Gleichzeitig mit den Aufträgen wurden ihnen die für deren Ausführung erforderlichen Materialien von den Bewirtschaftungsgesellschaften — in unserem Beispiele der Kriegswollbedarfs A. G. und der Kammwoll A. G. — überlassen. Durch diese Maßnahmen wurde erreicht, daß die vorhandenen Rohstoffe zur Deckung des jeweiligen Heeresbedarfs verwandt und nicht etwa bei der Herstellung von mehr oder minder entbehrlichen Luxusgegenständen für die Zivilbevölkerung vergeudet wurden.

Allein für die Länge der Zeit hätten doch trotz dieser äußersten Sparsamkeit im Verbrauch die vorhandenen Bestände den Anforderungen des Heeresbedarfs nicht genügen können, wenn nicht die Anpassungsfähigkeit unserer Industrie in der Lage gewesen wäre, durch mehrfache Benutzung desselben Materials und durch Verwendung von Ersatzstoffen die Herstellung der erforderlichen Mengen von den vorhandenen Rohstoffen und den bisherigen Fabrikationsmethoden in weitestem Maße unabhängig zu machen.

So gelang es beispielsweise, durch Verarbeitung von Kunstwolle an Stelle von reiner Wolle die gleichen Materialien mehrfach zu benutzen. Des weiteren wurde der Ausfall der Einfuhr von Baumwolle und Jute durch die Verarbeitung von Papier und anderen Faserstoffen ausgeglichen. Gewaltige Umstellungen zwar wurden für diese Fabrikationsänderungen innerhalb der Industrie erforderlich, und groß war das Risiko, das die Unternehmer bei ihrer Durchführung eingingen. Aber der Erfolg hat sie belohnt — belohnt nicht zum mindesten durch das Bewußtsein, den Bedarf unserer Heere an Kleidung und Wäsche für längere Kriegsdauer sichergestellt zu haben. Dr. Singer-Berlin.

Die Arbeit der Studenten im Kriege.

Wie im Jahre 1813 zu den Freiheitskriegen, so sind auch am Anfang des gegenwärtigen Krieges die wehrfähigen Studenten in großen Scharen als Freiwillige zu den Waffen geeilt, um die Feinde von der deutschen Heimat abzuwehren. Heute sind fast 4/5 aller Studenten Soldaten, und unter dem 1/5, das wirklich studiert, ist mehr als die Hälfte weiblichen Geschlechts. Aber auch dieser kleine Rest, der nicht mitfechten darf, will zu Hause wenigstens dem Vaterlande dienen. So sind viele Studenten in die freiwillige Krankenpflege, in die Sanitätskolonnen eingetreten. Wieder andere suchen durch Gesang oder sonstige Darbietungen die Verwundeten in den Lazaretten aufzuheitern und zu unterhalten. So manche ziehen jede Woche, die Laute unter dem Arme, schöne Lieder auf den Lippen, von Lazarett zu Lazarett und werden mit Jubel begrüßt. In München fanden große Führungen statt; die Verwundeten wurden von Studenten und Hochschullehrern in die zahlreichen Museen geführt; es wurde ihnen da viel Interessantes gezeigt und erklärt. Andere Studenten halfen in Kinderhorten mit, wo vor allem die Kinder von Kriegerfrauen den Tag über wohl aufgehoben sind. Wieder andere arbeiteten bei der Mehlaufnahme und bei der Lebensmittelkarten-Ausgabe mit. Überall, wo die Not des Krieges zu helfen und zu schaffen gab und wo Studenten helfen konnten, taten sie mit Freuden mit. Ein Beispiel mag dies erläutern:

In Tübingen gründeten die Studenten gleich am Anfange des Krieges einen Nationalen Studentendienst. Diese Vereinigung nahm die ganze Hilfsarbeit in die Hand und organisierte für die einzelnen Arbeitsgebiete, wie Kinderhort, Kartenausgabe, Lazarettunterhaltung, einzelne Hilfsgruppen. Besonders hervorragend ist die ländliche Hilfe dieser Studentenvereinigung. In Tübingen gibt es viele Gärtnereien, und wo, wie es bei vielen der Fall ist, der Mann ausmarschiert ist, kann die Frau die Arbeit kaum allein bewältigen. Da haben nun die Studenten zugegriffen. Für jede Gärtnerei, wo der Mann ausmarschiert ist, wird alle Sommer eine Hilfsgruppe von 6—8 Studenten und Studentinnen aufgestellt. Diese machen untereinander aus, an welchen Tagen und Stunden sie in der Gärtnerei helfen wollen, und arbeiten nun den ganzen Sommer dort. Jeden Tag, meistens abends und morgens, müssen mindestens 2 Leute in jeder Gärtnerei helfen. Sind es auch keine gelernten Gärtner, so können sie doch gießen und hacken und Unkraut ausreißen. Auf diese Weise haben diesen Sommer in Tübingen 10 Gärtnereien Hilfe bekommen, und die Frauen waren recht froh daran.

Noch größer aber ist die Hilfe der Studenten in der Heuernte. Da wird auf dem Rathaus eine Vermittlungsstelle für ländliche Hilfe eingerichtet. Dorthin wenden sich die Bauern, wenn sie Hilfe wollen, nicht bloß von Tübingen, sondern auch von den Nachbarorten. Dann werden die Gesuche in die Universität gebracht und öffentlich angeschlagen. Hierauf suchen sich die Studenten eine Arbeitsstelle heraus und gehen hin zu den Bauern und helfen ihnen, das Heu hereinbringen. Vor der Heuernte veranstaltete die Stadtverwaltung einen Mähkurs, bei dem immer 20—30 Studenten und Studentinnen das Mähen erlernten. Diese Mähder sind natürlich sehr begehrt und mancher Student, der um 10 Uhr vor seinem Professor sitzt, hat in der Frühe von 4 Uhr an gemäht. Über die Zeit der Heuernte fallen nachmittags alle Vorlesungen aus, und so sind alle Studenten frei zur Hilfe. Alle Arbeit leisten die Studenten unentgeltlich, so daß sich jedermann ihre Hilfe holen kann. Besonders sind es auch hier wieder die Kriegerfrauen, die diese Hilfe gerne annehmen. So haben diesen Sommer täglich über 100 Studenten bei der Heuernte in Tübingen selbst und in den Nachbardörfern, ja sogar in einigen entfernten Orten mitgeholfen. Überall waren sie gerne gesehen, und wenn man so Bauer und Student zusammenarbeiten sieht, so wünscht man, daß es auch im Frieden so bleiben möge zur segensreichen Zukunft unseres Vaterlandes.

H. Geheny-Tübingen.

Wie ist der Kleingeldmangel zu erklären?

Der Mangel an kleineren Zahlungsmitteln, der sich unmittelbar nach Ausbruch des Krieges vielerorts bemerkbar machte, ließ sich zurückführen auf die in weiten Kreisen herrschende Vorstellung, nur das Hartgeld sei ein Besitz, auf den man sich in den Nöten und Fährlichkeiten der kommenden Zeit sicher verlassen könne. Das Hartgeld wurde daher aufgespeichert und verschwand aus dem Verkehr.

Trotz Ausgabe mehrerer Millionen neuer Kleingeldmünzen wurde im weiteren Verlauf des Krieges der Mangel an Kleingeld immer fühlbarer. Die Ursachen hierfür sind verschiedene. Einmal macht sich offenbar, gerade wie in den ersten Kriegswochen, wieder eine Zurückhaltung des Kleingeldes, wenn auch zum Teil aus anderen Beweggründen, geltend. Mag es auch immer noch genug Leute geben, die so töricht sind, Silber zu hamstern, in der Meinung, sich dadurch einen zuverlässigen Schatz beiseitezuschaffen, so kann dies auf das Ansammeln von anderen Münzen wohl kaum zutreffen. Hier wird vor allem das Bestreben maßgebend sein, bei der Knappheit des Kleingeldes sich nur dann von ihm zu trennen, wenn es durchaus nicht anders geht, weil man nicht, wie in gewöhnlichen Zeitläufen, sicher sein kann, die erforderlichen Beträge jederzeit zu erhalten. Dadurch wird der Umlauf des Kleingeldes verlangsamt.

Daneben wirken dieselben Umstände fort, die auch im Frieden eine Ansammlung von kleinen Münzen begünstigen, wie der Automatenbetrieb, nur daß sie zum Teil noch stärkeren Einfluß haben wie z. B. das Büchsen-Sammeln zu Wohltätigkeitszwecken, das im Kriege einen weit größeren Umfang angenommen hat. Auch der Sammeleifer dürfte eine Rolle spielen. So haben z. B. von den 1,4 Millionen Stück Aluminium-Pfennigen, die bereits vor mehreren Wochen in den Verkehr gebracht sind, viele Sterbliche noch nichts zu Gesicht bekommen; sie sind eben als „Andenken" hängengeblieben.

Außer der Geldhamsterei ist es der ständig gestiegene Bedarf, der trotz der erheblichen Zuführung von kleinen Zahlungsmitteln ihr Knappwerden verursacht hat. Er beruht in erster Linie darauf, daß sich das Umlaufsgebiet außerordentlich erweitert hat. Unsere Heere stehen tief in Feindesland, weite Strecken fremden Bodens liegen seit Jahr und Tag hinter den kämpfenden Fronten, unter der schützenden Hand der deutschen Verwaltung geht dort das tägliche Leben wieder seinen Gang, und wenn auch die einheimische Währung durch die Besetzung nicht berührt wird, so läuft doch das deutsche Geld dort in großen Mengen um. Wenn nun gar noch, wie im östlichen Besetzungsgebiet, insbesondere im Verwaltungsgebiet des Oberbefehlshabers Ost das Land von einheimischem Geld in starkem Maße entblößt war, so trat das deutsche Geld bald als allgemeines Zahlungsmittel an seine Stelle. Der Abfluß des deutschen Geldes nach Ober-Ost war so stark — er ist auf etwa 800 Millionen Mark geschätzt worden —, daß es, um ihn einzudämmen, notwendig wurde, eigenes Oberostgeld zu schaffen, das in Gestalt von Darlehnskassenscheinen und eisernen Münzen auf Rubel und Kopeken lautend von der Darlehnskasse Ost der Ostbank für Handel und Gewerbe in Posen ausgegeben wird. Aber auch außerhalb des Besetzungsgebietes wandert das deutsche Geld mit unseren Feldgrauen zu den Kriegsschauplätzen und strömt keineswegs in demselben Umfange und jedenfalls nur langsam wieder nach Deutschland zurück.

Ferner kommt neben dieser auf den erörterten Ursachen beruhenden Hemmung im Umlauf der Zahlungsmittel noch in Betracht, daß die allgemeine Steigerung der Löhne und der Preise für die Bedürfnisse des täglichen Lebens, bei denen Barzahlung die Regel ist, eine Erhöhung des Geldumsatzes und damit vermehrte Ansprüche an Zahlungsmitteln nach sich zieht.

Gegen mißbräuchliche Verwendung von Münzen zu gewerblichen Zwecken ist vor kurzem eine Bundesratsverordnung erlassen worden, die das Einschmelzen oder sonstige Verarbeiten von Reichsmünzen zu gewerblicher Verwertung, sowie das Feilhalten, Verkaufen oder sonstige Inverkehrbringen von Gegenständen, die in erkennbarer Weise unter Verwendung von Reichsmünzen hergestellt sind, bei Strafe verbietet.

Dr. Kuschel-Berlin.

Was ist in der Kriegerheimstättensache schon praktisch geschehen?

Bei einer Heimstättenbewegung kommt es darauf an, daß Häuser gebaut und Gärten drum herum angelegt werden, beides in solcher Regelung, daß die Heimstätten ihrem Zweck dauernd erhalten bleiben können. Alles andere ist nur Vorbereitungsarbeit, notwendige Vorbereitungsarbeit vielleicht, aber eben doch nicht das Endgültige und Entscheidende. Dieses Endgültige und Entscheidende muß natürlich fern von den Parlamenten, von denen wir die Heimstättengesetze erwarten, in den einzelnen Gemeinden geschehen, zu denen die Heimstättensiedlungen gehören sollen. Wie steht es nun mit den Heimstättengründungen in den einzelnen Städten?

Bevor wir diese Frage selbst beantworten, sei darauf hingewiesen, daß es nicht verwunderlich wäre, wenn das Werk in der Praxis noch nicht eben weit gediehen wäre. Unsere deutschen Städte haben auch in der Wohnungsreform Großartiges geleistet; aber immerhin, wer einmal ein solches Unternehmen hat heranwachsen sehen vom ersten, allgemeinen Gedanken an bis zum endgültigen Bebauungsplan des Stadtbauamts und zum endgültigen Hausbauplan des Baumeisters, der weiß: drei

Jahre sind hierfür eine kurze Zeit. Und gerade diese drei Jahre des Krieges haben auch der Heimat allerlei Arbeit gebracht . . . Und nun die Antwort auf die Frage: wie weit sind wir mit den Heimstätten? Man kann die Antwort gerade jetzt mit bestem, sozusagen amtlichem Tatsachenstoff geben, der sich auf die Mitteilungen der Städte selbst gründet. Der Deutsche Städtetag hat nämlich in seinen Mitteilungen kürzlich das Ergebnis einer Rundfrage über den Stand der Kriegerheimstättensache veröffentlicht, die wir hier zugrunde legen.

Eine Reihe von Gemeinden macht die Sache ganz für sich selbst und erstrebt Krieger-Wohnheimstätten durch Bereitstellung von Baugelände, insbesondere aus gemeindlichem Grundbesitz. Diese Städte sind: Bamberg, Cassel (Bodenpreis im Ankauf 0,80 M. je qm), Freiburg i. B. (Bodenpreis 16—20 M. im Verkauf), Görlitz, Hannover, wo außer Einfamilienhäusern auch Häuser mit mehreren Wohnungen vorgesehen sind, Heilsberg, wo für 40—50 Kriegsbeschädigte kleine Rentengüter in Aussicht genommen sind, Königsberg, Recklinghausen, Sterkrade, wo allerdings die hohen Bodenpreise als Hemmung empfunden werden.

Andere Gemeinden denken daran, selbst auch den Bau von Wohnheimstätten für Krieger in die Hand zu nehmen. So Colmar im Elsaß, Heidelberg (eine Gruppe von 6 Doppelhäusern und 4 Reihenhäusern im schönen Neckartal). Neuß will eine bereits vor dem Kriege beschlossene Gartenstadt mit Einfamilienerwerbshäusern nur für Kriegsteilnehmer errichten. Für ein Haus, welches im Bau 5000 M. kostet und 1000 qm Grundfläche hat, also 6000 M. Wert darstellt, müßte der Mieter eine Monatszahlung von 25 M. leisten, falls er keine Anzahlung gemacht hat. Dafür geht das Haus allmählich in seinen Besitz über. Rüstringen verlangt 500 M. Anzahlung, Schleswig eine solche von 1/10 der Kosten; jedoch ist Vorsorge getroffen, daß für besonders bedürftige und würdige Bewerber eine Stiftung die Anzahlung übernimmt. Auch Thorn und Bocholt i. W. haben ähnliche Pläne.

Sehr viele Städte wollen die Heimstättenbestrebungen anderer Organisationen, Vereine usw. fördern, meist durch finanzielle Beteiligung. So arbeiten Bielefeld, Hagen, Iserlohn, Paderborn mit der Siedlungsgesellschaft Rote Erde zu Münster i. W. Ebenso wirken in Schlesien Friedeberg, Leobschütz, Schweidnitz und viele kleinere Orte mit der Schlesischen Landgesellschaft zu Breslau zusammen. Allenstein unterstützt seine Gemeinnützige Baugesellschaft, Bocholt seinen Bauverein, Bonn arbeitet gemeinsam mit der Deutschen Gartenstadtgesellschaft, Gotha baut mit den Mitteln der von der Stadt verwalteten Cosmar-Stiftung. Ähnlich wirken Guben und Hameln i. W., Hannover und Kiel, Lüneburg, Mannheim, Osnabrück, wo bereits ein Stammkapital von 270000 M. vorhanden ist, Posen, Stuttgart, Zittau. Zwischen Jena und Weimar ist bei Gr.-Schwabhausen die Kriegerheimstätten-Siedlung „Am Haine“ geplant. In Siegen nimmt der Beamtenwohnungsverein Kriegsverletzte als gleichberechtigte Mitglieder auf.

Krieger-Wirtschaftsheimstätten auf dem Lande plant Berlin in der Form von Gemüsebauernstellen auf einem etwa 500 Morgen großen Gelände außerhalb des Stadtbezirks. Bernburg beschränkt sich auf 5 kleinbäuerliche Stellen. Breslau siedelt durch Vermittlung der Schlesischen Landgesellschaft Krieger auf den städtischen Gütern an, ähnliches plant Rostock und Stade, das eine Stiftung der Errichtung von Gemüsebauernstellen dienstbar machen will.

Diese Übersicht ist von Vollständigkeit weit entfernt. Die vielen kleineren Gemeinden, die Unternehmungen der Siedlungsgesellschaften fehlen. Aber das Mitgeteilte zeigt schon deutlich genug: Der Wille, Kriegerheimstätten zu schaffen, ist überall im deutschen Lande vorhanden. Und wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg, auch in dieser Sache. C. P. Heil-Berlin.

Herausgeber: Prof. Dr. Goetz-Leipzig und Dr. Gerhard Niedermeyer-Berlin.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Oda v. Alvensleben-Berlin. / Fernsprecher: Zentrum 8555 u. 8556.

Druck der Vaterländischen Verlags- und Kunstanstalt, Berlin SW, Johanniterstraße 5.